

Wer wählt (das Bündnis) Sahra Wagenknecht?

Erste Erkenntnisse aus der Forschung und den Wahlen des Jahres 2024

Markus Klein / Christoph Kühling

Zusammenfassung

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist gekennzeichnet durch ein extremes Maß an Personalisierung und eine links-autoritäre politische Positionierung. Für seine Wählerinnen und Wähler von besonderer Bedeutung sind neben den migrationskritischen Positionen des BSW vor allem dessen Ablehnung der militärischen Unterstützung für die Ukraine. Die Wählerinnen und Wähler des BSW weisen in ihren Einstellungen viele Übereinstimmungen mit denen der AfD auf. Gleichwohl gewinnt das BSW nur wenige Stimmen von den Rechtspopulisten. Das BSW steht für einen salonfähigen Anti-Kriegs-Populismus mit attraktivem Gesicht. Es spricht Unzufriedene an, die den Schritt nach Rechtsaußen nicht gehen wollen.

1. Das Bündnis Sahra Wagenknecht: Ein Novum im deutschen Parteiensystem

So weit wie Sahra Wagenknecht ist noch nicht einmal Ronald Schill gegangen. Auch der als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordene Hamburger Rechtspopulist hatte sich im Jahr 2000 eine Partei auf den Leib geschneidert. Sie nannte sich offiziell aber Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Nur auf dem Wahlzettel firmierte sie mit dem Kürzel „Schill“ unter seinem Namen. Und Ronald Schill trat auch tatsächlich bei der Hamburger Bürgerschaftswahl des Jahres 2001 als Spitzenkandidat seiner Partei an. Anders Sahra Wagenknecht: Nachdem ihr Projekt einer linken „Sammlungsbewegung“ mit dem Namen „aufstehen“ 2019 gescheitert war, gründete sie im Januar 2024 eine Partei unter ihrem eigenen Namen: Das „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und



Prof. Dr. Markus Klein

Professor für Politische Soziologie, Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover



Christoph Kühling M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Gerechtigkeit“ (BSW). Bei der Europawahl und den drei Landtagswahlen des Jahres 2024 konnte das BSW bereits erste Erfolge erzielen, obgleich Sahra Wagenknecht bei keiner dieser Wahlen selbst als Kandidatin antrat. Sie sparte sich ihre eigene (Spitzen-)Kandidatur für die Bundestagswahl 2025 auf.

Für die Politikwissenschaft ist das BSW in verschiedener Hinsicht von Interesse. Zum einen stellt es für das deutsche Parteiensystem ein absolutes Novum dar, dass eine Partei einen Politiker bzw. eine Politikerin im Namen trägt. Diese extreme Form der Personalisierung – wenn nicht gar des Personenkults – gab es, von unbedeutenden Randphänomenen wie dem „Team Todenhöfer“ einmal abgesehen, in Deutschland bislang nicht. Das BSW ist aber auch in programmatischer Hinsicht ein Novum für das deutsche Parteiensystem. Es verbindet linke Positionen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen mit rechten Positionen bei kulturellen und gesellschaftspolitischen Themen. Dieses Segment des politischen Marktes wurde in Deutschland bislang von keiner Partei nachhaltig bespielt.

In unserem Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, für wen diese neuartige Mischung aus extremer Personalisierung und heterogener programmatischer Ausrichtung ein attraktives politisches Angebot darstellt. Oder mit anderen Worten: Wir wollen die Frage beantworten, wer das Bündnis Sahra Wagenknecht wählt. Zur Beantwortung dieser Frage werden wir einerseits den bisherigen Forschungsstand aus der empirischen Wahlforschung darstellen und zum anderen die Ergebnisse der vier Wahlen analysieren, bei denen das BSW bislang angetreten ist. Der Beitrag endet mit einer pointierten Zusammenfassung der Befunde sowie einem kurzen Ausblick auf die Zukunftschancen des BSW.

2. Das Bündnis Sahra Wagenknecht aus Sicht der Wahlforschung

Kennzeichnend für den politischen Wettbewerb in Deutschland sind – wie in anderen Ländern Westeuropas auch – zwei Konfliktdimensionen, auf denen sich sowohl die Parteien als auch die Wählerinnen und Wähler verorten lassen: eine sozioökonomische (horizontale) und eine soziokulturelle (vertikale) Achse (Kriesi et al. 2006): Auf der sozioökonomischen Dimension lassen sich linke, d.h. staatliche Eingriffe in den Markt und sozialstaatliche Umverteilung befürwortende, und rechte, d.h. den unregulierten Markt und seine Verteilungsergebnisse bevorzugende, Positionen unterscheiden. Auf der soziokulturellen Dimension stehen sich liberale und autoritäre Positionen gegenüber. Erstere sind durch die Befürwortung von Vielfalt, Zuwanderung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit gekennzeichnet, letztere durch den Wunsch, traditionelle Werte und Strukturen sowie die nationale Souveränität zu bewahren.

Im Rahmen dieser Konzeption des politischen Wettbewerbs als zweidimensionalen Raum ergeben sich insgesamt vier mögliche Kombinationen für die ideologische Verortung von Parteien und Wählerinnen und Wählern: links-libertär (d.h. ökonomisch und kulturell links), rechts-autoritär (d.h. ökonomisch und kulturell rechts), rechts-libertär (d.h. ökonomisch rechts und kulturell links) und links-autoritär (d.h. ökonomisch links und kulturell rechts). Doch während sich in allen Quadranten des politischen Raumes substanzielle Wähleranteile finden lassen, war das deutsche